

Haushaltsrede 2016
der Fraktion „Die Republikaner“ zur STAVO am 18.02.2016

- es gilt das gesprochene Wort -

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen u. Herren,

ich kann Ihnen versprechen, dass meine diesjährige Haushaltsrede die Kürzeste sein wird, die ich in meiner bisherigen 23-jährigen Parlamentszugehörigkeit je von mir gegeben habe.

Dies ist geschuldet daraus, da die REP-Fraktion diesem Haushalt sowie auch dem vorliegenden Änderungsantrag zum Haushalt ihre Zustimmung verweigern wird.

Wie Sie alle wissen, hatte ich unter anderem bereits nach Abschluss der Arbeitskreissitzungen darauf hingewiesen, dass meine Fraktion dem Haushalt in dieser Form so ihre Zustimmung nicht erteilen wird und hatte dementsprechend auch die Ablehnung begründet.

Unsere ablehnende Haltung darf ich Ihnen heute nochmals erläutern:

Wie in den letzten Wochen anlässlich unterschiedlicher Zusammenkünfte der städtischen Gremien des Öfteren erklärt, macht sich meine Fraktion nicht zum Handlanger unserer schwarz-grünen Landesregierung und lässt sich durch diese auch nicht erpressen. Wir werden auch die wahren Probleme der Öffentlichkeit gegenüber nicht vorenthalten.

Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz unserer Hessischen Landesregierung sollen Städte und Gemeinden mit besonders hohen Steuereinnahmen - also finanzstarke und erfolgreiche Kommunen -, Zahlungen zu Gunsten steuerschwächerer Kommunen leisten. Begründet hat dies der Hessische CDU-Finanzminister damit, dass die „abundanten“ also die reichen Kommunen, über eine derart hohe Finanzkraft verfügen, die sie für ihre Aufgabenerledigung nicht benötigen würden.

Unsere Stadt gehört nach den Berechnungen des Hessischen Finanzministeriums zu den 9% der abundanten hessischen Kommunen. Für 83% unserer Kommunen bedeutet der neue Finanzausgleich einen Gewinn, für 8% ergeben sich keine Veränderungen.

In unserem konkreten Fall bedeutet dies, dass unser städtischer Haushalt auf Basis einer Umlagegrundlage in Höhe von 41,62 Mio. € rund 2,5 Mio. € an Zahlungen für die Solidaritätsumlage berechnet bekommt und an das Land zu zahlen hat.

Nach städtischen Berechnung bedeutet dies, dass unser Haushalt Einsparungen von rund 3,9 Mio. € zu treffen hätte. Das war mein letzter Sachstand.

Große Teile unseres Steueraufkommens reichen wir über die Kreis- u. Schulumlage alljährlich an den hiesigen Landkreis weiter.

Demnach hat unser städtischer Haushalt mit Einberechnung der neuen Solidaritätsumlage insgesamt einen Betrag in Höhe von über 32 Mio. € alleine an Umlagezahlungen zu verkraften. 53% aller Aufwendungen sind somit fremdbestimmt und können durch die Stadt nicht beeinflusst werden. Von jedem eingenommenen Euro verbleiben unserer Stadtkasse bereits schon jetzt weniger als 30 Cent.

Wie spätestens jetzt für jeden Laien erkennbar sein dürfte, wird unsere kommunale Selbstverwaltung immer mehr ad absurdum geführt.

Mich persönlich erinnern die unerträglichen Zustände der abzuführenden Zahlungen an Kreis und Land mit Methoden eines modernen Raubrittertums.

Meine Damen u. Herren, hiermit will ich es mit den Zahlenwerten belassen. Sie alle haben hier ausreichend Kenntnis darüber.

Zum Ausdruck darf ich bringen, dass es für uns alle mehr als ärgerlich ist, dass wir als Kommune, die durch ihre Stärke, durch die Tatkraft von Industrie, des Handels und des Gewerbes immer mehr an Abgabenzahlungen zu leisten haben.

Aus diesem Grunde befürwortet meine Fraktion, dass wir uns den weiteren 28 abundanten Kommunen anschließen, um die verfassungs-

rechtlichen Probleme der Neuregelung des Finanzausgleichs einer gerichtlichen Überprüfung zuzuführen.

Im gleichen Atemzug fordern wir wie bereits durch unsere Landkreis-Bürgermeister geschehen, den Landkreis auf, die Kreisumlage zu senken.

Wie ich bereits den Fraktionsspitzen zum Abschluss der Arbeitskreissitzungen erklärte habe, ist es auch für meine Fraktion nachvollziehbar, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen haben, damit wir nicht noch weiter fremdbestimmt werden.

Eine vorläufige Haushaltsführung, verbunden mit massiven Steuererhöhungen bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt wäre noch schädlicher, als der jetzige Schritt der Befürworter des heute zu verabschiedenden Haushaltes. Aber darum geht es nicht.

Für meine Fraktion ist es ebenso nachvollziehbar, dass die Negativauswirkungen auf den Bürger bei einer vorläufigen und fremdbestimmten Haushaltsführung demnach wesentlich größer wären und unserer Stadt nur schaden würden.

Verstehen Sie aber bitte, dass sich meine Fraktion nicht unglaublich machen kann, indem wir immer wieder der Öffentlichkeit erklärt haben, Steuer- u. Gebührenerhöhungen nicht mitzutragen.

All das hat nichts mit einer angeblichen Polemik zu tun, Herr Hesse, denn unsere Betrachtungsweise resultiert nun einmal auch die Sichtweise meiner Fraktion aus der Oppositionsrolle heraus. Wir baden nicht das aus, was uns andere eingebrockt haben! So einfach ist das.

Zu verantworten hat dies wie bereits unsere schwarz-grüne Landesregierung.

Sie meine Damen u. Herren von der CDU und den Grünen können sich bei ihren Regierungsmitgliedern für das was sie im Landtag beschlossen haben, auf das schärfste bedanken. Es versteht sich ja von alleine, dass sie hier in den Kommunen das alles auch mit zu verantworten haben, was ihre Parteifreunde im Land beschlossen haben.

Man braucht kein Hellseher zu sein, um vorauszusagen, dass der Wähler bereits schon jetzt zu der Kommunalwahl mit Sicherheit auch entsprechend reagieren wird.

Abgesehen davon, dürften die unsinnigen Beschlüsse und gesetzlichen Bestimmungen die Wahlverdrossenheit unserer Bürgerinnen und Bürger noch weiter fördern.

Abschließend darf sich meine Fraktion wie immer bei all den Mitarbeitern der Finanzverwaltung für die enorme Kraftanstrengung in den letzten Wochen u. Monaten bedanken. Insbesondere gilt unser Dank Herrn Riedl, der fast am Rande seiner Erschöpfung zum Gelingen des Haushalts mitgetragen hat.

Meine Fraktion wird den Wirtschaftsplänen von DUI und Stadtwerken ihre Zustimmung erteilen.

Ihnen meine Damen u. Herren danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
vor der anstehenden Beschlussfassung darf ich den Antrag auf
namentliche Abstimmung beantragen.

Schönen Dank